

CDUintern

E 10186



Bild: Team
Norbert Lins MdEP

Beim Ehrungsnachmittag langjähriger CDU-Mitglieder konnte unser CDU-Kreisvorsitzender und Landtagskandidat Klaus Tappeser – in Anwesenheit von Europaabgeordneten Norbert Lins, Landtagszweitkandidat Dirk Abel und zahlreichen weiteren Gästen - 30 Ehrungen vornehmen:

70jähriges Jubiläum

Entschuldigt war

Dr. Dorothee von Dadelsen

60jähriges Jubiläum

Entschuldigt war

Thomas Wiedmaier

50jähriges Jubiläum

Matthais Schäfer

40jähriges Jubiläum

Gerhard Brand

Alfred Buck

Peter Egle

Franz Euper

Werner Foitzik

Hans-Jürgen Gluns

Heinz Haspel

Rolf Hess

Heinrich Höschle

Josef Leins

Helmut Lutz

Prof. Dr. Karlheinz Rebel

Uta Schiebel

Meinrad Schmid

Rosemarie Schröder

Hans Staiger

Marianne Stöhr

Klaus Tappeser

Entschuldigt waren:

Helmut Däuble

Richard Fridrich

Irmgard Latus

Klaus-Jürgen Röscheisen

Konrad Storz

Dr. Eckhard Wandel

Hans Wiesenfarth

25jähriges Jubiläum

Horst Götze

Walter Gutbrod

Walter Hahr

Marlene Hansen

Hans-Peter Heinzel

Margret Hermann

Wolfgang Hermann

Dr. Roland Kälberer

Martin Lämmert

Ulrich Latus

Prof. Dr. Paul Helmut Nebeling

Michael Rak

Rolf Weippert

Sigbert Wütz

Entschuldigt waren:

Alexander Götz

Walter Haas

Eckhard Hanert

Bernhard Herrmann

Heide Jarkulich

Jürgen Röhm

Michael Röscheisen

Michael Steudner

Gottfried Wiest

LANDTAGSKANDIDAT



Klaus Tappeser

www.klaus-tappeser.de

www.facebook.com/klaustappeserinfo

Landtagswahlkampfkonto

Kontoinhaber:

CDU-Kreisverband Tübingen

IBAN:

DE41 6415 0020 0001 4007 64

BIC:

SOLADES1TUB

Verwendungszweck:

Spende Landtagswahl

BITTEVORMERKEN

Festveranstaltung

„25 Jahre

Deutsche Einheit“

am Samstag, 3. Oktober

um 19.00 Uhr

im Pflegehofsaal, Schulberg 2

in 72070 Tübingen.

Trauer um Hermann Strampfer



Mit großer Bestürzung haben wir vom Tod von

Hermann Strampfer

erfahren. Er starb nach langer schwerer Krankheit.

Wir haben mit Hermann Strampfer einen besonderen Menschen und Freund verloren. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit als unser Regierungspräsident standen immer die Menschen, denen er stets offen, freundlich und kompetent begegnet ist.

Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und seinen Kindern.

Klaus Tappeser
CDU-Kreisvorsitzender

Erfolg für unsere Region – Erfolg für Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

Erster Durchbruch bei der B 28 neu

Dranbleiben und nicht aufgeben, diese Strategie hat letztlich zum entscheidenden Erfolg geführt. Am 20 Juli erteilte das Bundesverkehrsministerium die Baufreigabe für den 2. Bauabschnitt der B 28 neu zwischen Rottenburg und Tübingen. Noch Anfang Juli traf sich Annette Widmann-Mauz MdB mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, um die Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des Nachtragshaushalts für 2015 zu erörtern. „Der finanzielle Spielraum von 13,4 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen musste unbedingt für die B 28 neu genutzt werden. Das habe ich dem Verkehrsminister unmissverständlich und unermüdlich klagemacht. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass sich meine Hartnäckigkeit gelohnt hat und noch im selben Monat grünes Licht vom Bund kam. Die Anwohner der Ortschaften entlang der L 370 und L 371 können nun aufatmen. <<<



Dieter Hillebrand Mdl

Hillebrand im Gespräch mit dem Leiter der Verkehrspolizeidirektion Tübingen

Der CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Hillebrand traf sich mit dem Leiter der Verkehrspolizeidirektion Tübingen, Konrad Bold, und informierte sich über die polizeiliche Arbeit. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Aufnahme tödlicher und schwerer Verkehrsunfälle sowie die Auswirkungen der Polizeireform.



Im Zuge der Polizeireform wurde die Landespolizeidirektion Tübingen aufgelöst, dafür wurde Tübingen zum Standort der Verkehrspolizeidirektion. Diese ist zuständig für die Landkreise Tübingen, Reutlingen und Esslingen. Für diesen Einsatz sind in Tübingen 54 und in Esslingen 52 Beamte vorgesehen. In ihren Zuständigkeitsbereich fallen die Aufnahme und die Aufklärung von tödlichen und schweren Verkehrsunfällen mit Personenschaden sowie die Ermittlungen bei Unfallfluchten

und manipulierten Verkehrsunfällen. Zudem verfügt die Verkehrspolizei über hochwertige Gerätschaften zur Verkehrsüberwachung.

Dieter Hillebrand lobte die Arbeit der Beamten, die sich für die Sicherheit der Bürger auf den Straßen einsetzen. „Die Erfahrung und Spezialisierung der Verkehrspolizei dient den Bürgern, welche sich im Fall eines Unfalls auf eine kompetente Aufklärung und Unterstützung verlassen können.“, so Hillebrand. Zu oft werde die Verkehrspolizei mit Blitzern und Bußgeldbescheiden assoziiert. „Die Überwachung der Einhaltung der Verkehrsregeln ist von großer Bedeutung für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, dafür gebührt den Beamten unser Dank. Die CDU steht zu unserer Polizei“, erklärte Hillebrand mit Blick auf die öffentliche Meinung über die Verkehrspolizei.

Zum Thema Polizeireform stellte Hillebrand gegenüber Bold klar, dass es im Falle einer CDU-geführten Landesregierung nach der kommenden Landtagswahl keine „totale Rücknahme der Polizeireform“ geben werde. Dies wäre unsinnig und zudem überhaupt nicht machbar, da langfristige Investitionen und irreversible Umstrukturierungen getätigt wurden. Gleichwohl müssten aber an der ein oder anderen Stelle Korrekturen vorgenommen werden, insbesondere was die Zuschnitte einzelner Zuständigkeitsgebiete betreffe.

Bei der anschließenden Führung durch das Gebäude, zeigte Bold dem Abgeordneten neben der Wache mit Einsatzleitrechner auch den Zellentrakt des Polizeireviers Tübingen. <<<



... Bäder mit Weitblick

- ▼ Bäder
- ▼ Heizung - Sanitär
- ▼ Blechbearbeitung
- ▼ Gerontotechnik

SEIBOLD
BAD • HEIZUNG • KLIMA
Zeppelinstraße 9 Fon (07073)9170-0
72070 Tüb.-Unterjesingen Fax (07073)917070
www.seibold-tuebingen.de

GMBH

Unfrieden in der Welt wird zur unmittelbaren Herausforderung

Liebe Mitglieder,

wie glücklich waren wir doch vor 25 Jahren, als Helmut Kohl zusammen mit Freunden in der Welt die Einheit unseres Vaterlandes und den Fall des Eisernen Vorhanges erreichen konnte. Krieg und Unfrieden schienen der Geschichte anzugehören.

Täglich werden wir heute eines besseren belehrt. Noch nie führten die Menschen so viele Kriege, noch nie waren so viele Flüchtlinge um den ganzen Erdball herum unterwegs, vertrieben, misshandelt, missachtet. Was wir früher eigentlich nur aus den Medien oder in kleinen Diskussionszirkeln erfuhren, ist heute in unseren Städten und Gemeinden angekommen: Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen und ein besseres Leben führen wollen.

Während sich unsere Kommunen mit vielen engagierten Ehrenamtlichen dieser Herausforderung stellen, haben wir das Gefühl, dass unsere Landesregierung erst allmählich in den „Krisenmodus“ (Zitat Ministerpräsident Kretschmann) umschaltet. Die Landeserstaufnahmestellen, deren Aufgabe es eigentlich ist, die Identität und die Asylberechtigung der Flüchtlinge festzustellen, sind viel zu klein und seit Monaten am Ende ihrer Kapazitäten. Stattdessen werden Flüchtlinge in die Kommunen „durchgeschoben“. Dort das Aufnahme-

verfahren durchzuführen, ist schwierig in vielen Fällen gar unmöglich.

Um den Flüchtlingen gerecht zu werden und ihnen ein rechtsstaatliches Verfahren zu garantieren, muss konsequent gehandelt werden: Europa darf sich dieses weltweiten Problems nicht verschließen. Es kann nicht sein, dass Deutschland, Schweden und Österreich fast alle Flüchtlinge aufnehmen müssen. Genauso wie wir um eine gemeinsame Währung kämpfen, müssen wir es um eine gemeinsame Außen- und Flüchtlingspolitik tun. Dazu gehören auch einheitliche Standards, also die Gleichbehandlung für Flüchtlinge in ganz Europa.

Unser Asylrecht muss Asylrecht bleiben. Bei allem Verständnis für die Menschen, die bei uns bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen suchen, Asylrecht und Zuwanderungsrecht sind deutlich zu trennen. Deshalb brauchen wir auch ein transparenteres, zusammengefasstes Zuwanderungsrecht. Asylrecht kann auch nicht das Arbeitsmarktproblem besonders bei uns im Süden lösen. Wer bei uns keinen Anspruch auf Asyl hat, muss in seine Heimat zurückkehren.

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir sind der tiefen Überzeugung, dass Respekt vor den Menschen zum elementaren



Bestandteil unseres christlichen Menschenbildes gehört und wir sind ein wohlhabendes Land mit entsprechender Verantwortung. Zusammen werden wir die Herausforderung, deren Höhepunkt noch nicht erreicht ist, durch konsequentes und menschenfreundliches Handeln meistern.

Klaus Tappeser

Klaus Tappeser
CDU-Kreisvorsitzender
und Landtagskandidat

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

Flüchtlinge in Deutschland – Eine Aufgabe, die Deutschland bewältigen kann!

„Das Flüchtlingsproblem ist eines der schrecklichsten Kapitel in der modernen Geschichte unserer Zeit. Ich glaube nicht, daß jemals zuvor zehn, vielleicht sind es

zwölf Millionen Menschen, man weiß es gar nicht, so von Haus und Hof und Heim vertrieben worden sind und jetzt hineingepreßt werden in ein Land, das hungert, zum Teil zerstört und das überbevölkert ist“, diese Worte richtete Konrad Adenauer im Mai 1946 an die CDU-Mitglieder auf einer Versammlung in Wuppertal. Vom gelungenen Wiederaufbau und dem Wohlstandsbringenden Wirtschaftswunder konnte damals noch keine Rede sein.

Heute, 69 Jahre später, sind weltweit mehr als fünfzig Millionen Menschen auf der Flucht vor Terror und Verfolgung. Davon erreichen 2015 rund 800.000 Flüchtlinge Deutschland und ca. 100.000 werden davon in Baden-Württemberg erwartet. Unser Land erlebt in der Tat eine Ausnahmesituation. Doch weit mehr als vor 69 Jah-

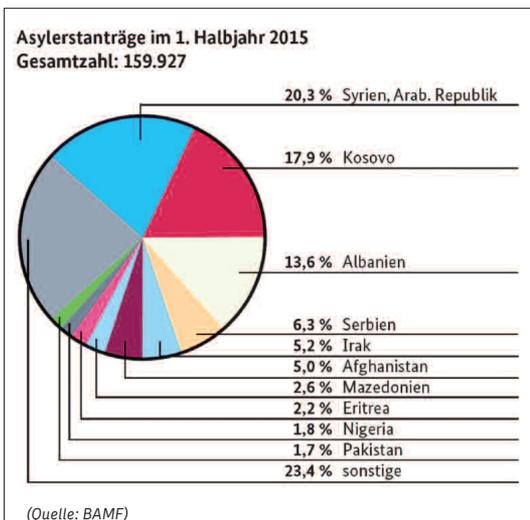
ren haben wir die Mittel und die Kraft, die vor uns liegenden Anstrengungen zu meistern.

Keine Toleranz bei Fremdenfeindlichkeit

Umso fassungsloser machen die feigen Brandanschläge auf Asylunterkünfte, die menschenverachtenden Attacken gegen Flüchtlinge und ihre Familien sowie die Bedrohung freiwilliger Helfer und ehrenamtlicher Einsatzkräfte. Jeder hat das Recht, Freiheit anzustreben und Leid von sich abzuwenden. Darin sind sich alle Menschen gleich. Es ist eine Schande, dass es in Deutschland Leute gibt, die dieses universelle und christlich gebotene Mitgefühl nicht aufbringen können. Stattdessen säen sie Hass. Für jene gibt es keine Toleranz in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft!

Kommunen schnell entlasten, Asylverfahren beschleunigen

Vor allem die Kommunen stehen bei der menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern vor enormen Belastungen. Deshalb hat die Koalition im Bund ein Gesamtkonzept vorgelegt,



Unsere Abgeordneten

das im Oktober verabschiedet und vor allem Länder und Kommunen schnell entlasten soll. Insgesamt stehen damit 6 Milliarden Euro zur Verfügung. Zusätzlich zu diesen finanziellen Hilfen stockt der Bund das Personal des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erheblich auf. Bisher wurden 2.000 zusätzliche Bearbeitungsstellen geschaffen und weitere 700 Stellen für Dolmetscher und Sachbearbeiter sollen entstehen. Zudem wurden Abschiebungen gesetzlich erleichtert, die Mittel für Integrationskurse erhöht und die Wartezeit, nach der Asylbewerber arbeiten dürfen, verkürzt. Zugleich werden innerhalb von drei Jahren 3000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei geschaffen. Wichtig ist auch, dass der Bund die Länder und Kommunen beim Bau von 15.000 menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützt und eigene Liegenschaften zur Verfügung stellt. Auch der soziale Wohnungsbau wird ausgeweitet.

Sichere Herkunftsländer ausweiten, Fehlanreize abbauen

Aufgrund der Belastung unseres Asylsystems ist es auch erforderlich, stärker zwischen Flüchtlingen zu unterscheiden, die aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea stammen und jenen Migranten, die auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensperspektiven zu uns kommen. Letztere reisen vor allem vom Westbalkan aus Albanien, Kosovo und Montenegro ein und bilden den größten Teil der Asylsuchenden. Auch wenn die Beweggründe dieser Menschen verständlich sind, bleibt festzuhalten, dass es dort keine systematischen Verfolgungen gibt, die für ein politisches Asyl berechtigen. 99 Prozent der Anträge werden abgelehnt. Bereits Ende 2014 haben Bund

und Länder Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern erklärt, um das Asylverfahren für Antragsteller aus diesen Staaten zu verkürzen. Leider haben sich die Grünen im Bundesrat bislang gegen eine weitere Ausweitung sicherer Herkunftsländer gewandt. Eine Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ist damit schwieriger geworden. Letztlich schadet dies auch den Bedürftigen aus Kriegs- und Bürgerkriegsregionen, die in Deutschland ihr nacktes Leben retten wollen. Die Vereinbarung in der Koalition zur Einstufung von drei weiteren Balkanstaaten (Albanien, Kosovo, Montenegro) als sichere Herkunftsländer soll jetzt zeitnah gesetzlich festgeschrieben werden. Dies kann die Bearbeitungsverfahren zusätzlich beschleunigen und dazu beitragen, dass die Rückführung direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer erfolgt. Parallel dazu müssen für jene Zuwanderer, die einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsvertrag in Deutschland nachweisen können, Alternativen zum Asylweg geschaffen werden.

Auch müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Anreize für aussichtslose Asylansträge zu minimieren. So bestätigte BAMF-Präsident Manfred Schmidt, dass es Familien vom Balkan gibt, „die zum vierten Mal in Deutschland sind und um Schutz bitten“. Der Zusammenhang zwischen Bargeldleistungen im Asylverfahren und wiederholter Antragstellung ist evident. Diese Dynamik soll mit einer Ausweitung des Sachleistungsprinzips gebremst werden. Besonders in Erstaufnahmeeinrichtungen soll der Bargeldbedarf künftig so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt und übrige Geldleistungen maximal ein Monat im Voraus ausbezahlt werden.

Gemeinsame Asylpolitik in der EU notwendig

Weitere Gespräche muss die Bundesregierung auch mit ihren Partnern in der EU führen, denn im Moment nimmt Deutschland rund 40 Prozent aller Flüchtlinge innerhalb der EU auf. Trotz aller Anstrengungen und der breiten Solidarität in unserem Land, lässt sich dieser Zustrom nicht auf Dauer bewältigen. Alle EU-Staaten tragen Verantwortung und müssen an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Das beinhaltet die Durchsetzung eines einheitlichen EU-Asylverfahrens mit klaren Standards bei Registrierung, Unterbringung und Gesundheitsvorsorge sowie verbindliche Verteilungskriterien zwischen den Mitgliedsstaaten. In diesem Sinne gilt weiterhin die sog. Dublin III –Verordnung wonach Asylbewerber in dem Land registriert werden, in dem sie die EU erstmals betreten. Das Verfahren legt auch den Staat fest, der für den Asylantrag zuständig ist.

Ein wichtiger Schritt der Vorschlag von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande, mit EU-Hilfe in Italien und Griechenland schnellstmöglich Aufnahmezentren für Flüchtlinge einzurichten. Bereits dort soll die Schutzbedürftigkeit ankommender Flüchtlinge geprüft werden, bevor sie in andere Nachbarländer aufbrechen. Die Schaffung sogenannter „Hot-Spots“ wird auch von der UNO begrüßt. Zudem sollen sichere Herkunftsländer künftig einheitlich in Europa definiert werden.

Bekämpfung von Fluchtursachen verstärken

Auf Dauer lässt sich die Migration nach Europa nur unter Kontrolle bringen, wenn die Krisen dort bekämpft werden, wo sie entstehen. Deshalb muss Europa noch

**Genuss,
der bleibt.**

Baisinger
SEIT 1776
Bier-Manufaktur
Familie Teufel

Ich will's natürlich

www.baisinger.de

**Landhotel
HIRSCH**

**ROSE
CATERING**

*Hotel * Restaurant * Terrasse*
*Regionale Spezialitäten * Kreative Menüs*
*Hauseigene Konditorei * Cateringservice*
Große & kleine Feierlichkeiten

Landhotel Hirsch Bebenhausen
RoseCatering
Ernst & Brigitte Fischer
Schönbuchstr. 28 • 72074 Tübingen
Tel. 07071-60 93 0 • Fax 60 93 60
dialog@landhotel-hirsch-bebenhausen.de
info@rosecatering.de

mehr dafür tun, dass die Menschen in Nordafrika und auf dem Balkan auf eine Verbesserung der Lebensumstände vor Ort hoffen können. Die Stabilisierung Libyens hat eine enorme Bedeutung für die Migrationsbewegung aus Afrika. Daher sind alle Anstrengungen nötig, um Libyen zu einem stabilen Staatswesen zu verhelfen und skrupellose Schlepperbanden effektiv zu bekämpfen. Zur Krisenbewältigung und Fluchtprävention wird die Bundesregierung ihr Engagement weiter erhöhen und auf eine stärkere Beteiligung der EU und der Weltgemeinschaft drängen. Dies gilt besonders für bessere Lebensverhältnisse in den großen Flüchtlingslagern in Jordanien und dem Libanon.

Auch der Westbalkan braucht europäische Unterstützung. Bei der Balkan-Konferenz in Wien haben Deutschland und die EU den Staaten in der Region Unterstützung zugesichert, um die Infrastruktur zu verbessern und die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Die Bundesregierung stellt an-

gesichts der dramatischen Flüchtlingssituation im Westbalkan kurzfristig humanitäre Hilfe bereit, um zur Versorgung der Flüchtlinge an den Grenzen Mazedoniens und Serbiens beizutragen.

Zuwanderung auch als Chance begreifen

Unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsdynamik entwickelt sich Deutschland immer mehr zum Einwanderungsland. Angesichts des demografischen Wandels benötigen Handwerk und Industrie aber auch der Gesundheits- und Pflegesektor dringend mehr Fachkräfte. U.a. hat die Bundesregierung die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfacht und Barrieren für Hochqualifizierte und Facharbeiter aus dem Ausland abgebaut. Isoliert betrachtet gibt es viele gelungene Ansätze für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Allerdings sollten diese Einwanderungsregelungen besser miteinander verknüpft und in einem Gesetz zu-

sammengeführt werden. Damit können auch bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. So gibt es in Deutschland rund 50 Aufenthaltstitel für Ausländer. Hier besteht durchaus Potenzial, das Einwanderungsrecht übersichtlicher zu gestalten.

Vor Deutschland liegen große Aufgaben. Die Flüchtlingsproblematik wird uns weiterhin stark in Anspruch nehmen. Umso optimistischer stimmt die Umfrage des ZDF-Politikbarometers, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend überzeugt sind, dass unser Land die große Zahl an Flüchtlingen verkraften kann. Auch die jüngsten Bilder von bundesweit tausenden freiwilligen Helferinnen und Helfern stimmen zuversichtlich. Ihre wertvolle Arbeit wird der Bund mit 10.000 zusätzlichen Stellen über den Bundesfreiwilligendienst unterstützen. Mitfühlen und wo es möglich ist, aus humanitärer Verantwortung und christlicher Nächstenliebe mithandeln, das ist das Deutschland, auf das wir stolz sein können. <<<

Norbert Lins MdEP

Das Gefahrenpotenzial der EU-Gegner im Europäischen Parlament

Mit großer Sorge habe ich Mitte Juni die Gründung der neuen Rechtsaußen-Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) unter Führung der französischen Abgeordneten Marine Le Pen des "Front National" (FN) zur Kenntnis genommen. Dies stellt den Höhepunkt einer Europa-kritischen Entwicklung dar, welche sich schon bei den letzten Europawahlen 2014 mit dem Einzug von rund einem Drittel Europaabgeordneter, die der EU negativ gegenüberstehen, abzeichnete. Aus diesem Drittel entsprang bisher nur als wirklich EU-gegnerische Fraktion das "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" (EFDD). Zusätzlich zu dem aufgrund der Griechenland-Krise oder der Migrationsproblematik ohnehin weiter ansteigenden Euroskeptizismus geschieht nun auch noch die Bildung der rechtspopulistischen ENF. Die EFDD besteht u.a. aus zwei sich parteipolitisch diametral unterscheidenden Parteien: Der rechtspopulistischen "Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs" (UKIP) und der linken "Fünf Sterne Bewegung" (M5S) aus Italien. Folglich weichen diese Parteien in ihrem Abstimmungsverhalten deutlich voneinander ab, die EU-Gegnerschaft und das Ziel der direkten Demokratie bleibt die einzige Gemeinsamkeit. Demnach hält sich ihr wirklicher Einfluss innerhalb des Europäischen Parlaments sehr in Grenzen. Anders verhält es sich jedoch mit der EU-gegnerischen ENF, deren Standpunkte sehr viel homogener sind. Die vormals fraktionslosen Rechtspopulisten, wie der FN, die niederländische "Partei für die Freiheit" (PVV) oder die "Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ) fordern die Abhal-

tung nationaler Referenden über den EU-Austritt, die Ablehnung des Euro und der Zuwanderung. Gerade diese Homogenität macht die Fraktion in meinen Augen sehr gefährlich. Zwar beschränkt sich das Stimmengewicht der ENF auf 37 Abgeordnete und ist damit verglichen zu den insgesamt 751 Abgeordneten recht gering, tritt sie jedoch geschlossen auf, kann sie womöglich das Funktionieren des Parlamentes in Einzelfällen extrem behindern. Ich appelliere daher an die Bürger, dass sie ihren Unmut gegenüber Europa nicht in Form einer Unterstützung von EU-Gegnern ausdrücken, sondern mit ihren Abgeordneten in Kontakt treten, um gemeinsam konstruktive Lösungsansätze für die aktuellen Probleme zu erarbeiten. Das europäische Projekt ist nach wie vor ein Friedensprojekt, welches die Völker Europas näher zusammenbringt. <<<



Blick in das Europäische Parlament

Foto: Copyright: © European Union 2015 EP



NORZ OPTIK

Relaxed Vision Center

Königstraße 30
72108 Rottenburg
Tel.: 07472-98 17 0
www.norz-optik.de

CDU-Stadtverband Rottenburg

„Biergarten“-Gespräch mit Thorsten Frei MdB: „Es ist nicht egal, wer regiert“

Beim diesjährigen „Biergarten“-Gespräch mit Thorsten Frei als Referent wurde am Neckarufer mit interessierten Bürgern über die Herausforderungen der Zeit gesprochen. Neben den zahlreichen interessierten Zuhörern konnte die Vorsitzende Martina Müller u.a. Klaus Tappeser sowie Stephan Neher, Monika Bormann und Horst Schuh begrüßen. T. Frei setzte die Vorgaben des Stadtverbandes gleich in die Tat um - möglichst alle politischen Ebenen anzusprechen: Ob Europa-, Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik.

So seien die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik heutzutage fließend. Dies würden die Krisenherde in der Welt verdeutlichen. „Die instabile Lage Syriens etwa bildet ein Vakuum, das zur Keimzelle für Terroristen geworden ist“, zeigte Thorsten Frei exemplarisch auf, welche Bedrohung daraus entstehen kann und verdeutlichte dies an Zahlen: Etwa 850 bis 1.000 deutsche Staatsbürger seien gegenwärtig in den Krisenregionen und hätten sich dem sog. Islamischen Staat (IS) angeschlossen. Manche kehrten auch wieder zurück nach Deutschland. „Weltweit sind circa 60 Millionen Menschen auf der Flucht, dies führt unmittelbar vor Ort wie hier in Rottenburg zu Herausforderungen, mit dem Flüchtlingsstrom zurecht zu kommen“, schaffte der Christdemokrat es, den Bogen zur kommunalen Ebene zu schlagen. Für Thorsten Frei sei klar, dass die Kräfte von Kommunen, Ländern und Bund gebündelt werden müssten. „Dass Baden-Württemberg Zusagen ohne Not gemacht und diese nicht eingehalten hat, wie zum Beispiel bei den Flüchtlingsunterbringungen in Meßstetten, Ellwangen, Heidelberg und Karlsruhe, ist nicht akzeptabel.“, kritisierte der Bundestagsabgeordnete die grün-rote

Landesregierung und forderte diese auf, in der Flüchtlingspolitik nach zu justieren. Die CDU stelle derzeit die Weichen im Bund. So habe man das zuständige Bundesamt (BAMF) um weitere 2.000 Mitarbeiter aufgestockt und werde Rahmenbedingungen schaffen, die Asylverfahren zu beschleunigen. „Jetzt ist auch das Land gefordert, die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen“, so Thorsten Frei und skizzierte weiter aus, dass Asylsuchende zeitnah in Schule, Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert werden müssten, aber gleichzeitig die große Zahl der chancenlosen Wirtschaftsflüchtlinge schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurück zu führen seien. Der Anteil der Asylbewerber aus dem Westbalkan betrage mittlerweile 60 Prozent. „Hilfe kann es nur für diejenigen geben, die diese wirklich benötigen“, verdeutlichte das Mitglied im Auswärtigen Ausschuss die Situation.

Für Thorsten Frei sei die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik hervorragend. „In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen müssen jetzt strukturelle Probleme abgebaut werden. Dazu gehört, mit dem Geld auszukommen, was man hat“, forderte er. Während der Bund seit 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorweise, schaffe dies Baden-Württemberg nicht. Es sei eben nicht egal, wer regiere. „Das Verhalten von Grün-Rot ist unmoralisch. Allein für 2015 sind weitere 800 Mio. EUR Schulden vorgesehen. Von Generationengerechtigkeit fehlt beim Duo Kretschmann/Schmid jede Spur“.

Viele weitere Punkte griff Thorsten Frei in seinen Ausführungen auf: Die Bildungspolitik, die am Menschen orientiert sein müsse oder der demografische Wandel, bei dem kein Mensch verloren gegeben



werden dürfe. Harsche Kritik übte der Abgeordnete an der Verkehrspolitik des Landes. „Der Bund hat mit dem Investitionspaket von Bundesverkehrsminister Dobrindt dafür gesorgt, dass nun alle baureifen Projekte umgesetzt werden können. Etwa 20 Prozent der Mittel sind nach Baden-Württemberg geflossen. Das sind alles Projekte, die die CDU in früheren Jahren angestoßen hat. Kein einziges Projekt wird wegen Grün-Rot umgesetzt. Ganz im Gegenteil: Landesverkehrsminister Hermann schafft es nicht einmal, Bundesmittel in Höhe von 100 Mio. EUR abzurufen und zu verbauen“.

Bevor der Bundestagsabgeordnete die Heimreise antrat, wurde munter mit den zahlreich anwesenden Bürgerinnen und Bürger diskutiert, über die Energiewende, die Chancen des Ländlichen Raumes, die Zuwanderung, die Rentenpolitik, den Landtagswahlkampf, das Ehrenamt, die verbindliche Grundschulpflicht und die Stärkung des Gymnasiums und der Realschule – eben über alle politischen Ebenen hinweg.

Martina Müller, CDU-Vorsitzende

Professionelle Klimaanlage
vom
Europameister



Kälte & Klimatechnik
www.kaelte-stiel.de



Unser Liederbuch
ist wieder da!

Für mich, für dich,
... als Geschenk.

Mit vielen schönen Liedern zum Singen in geselliger Runde.

Info und Bestellung
bei Ihrem CDUintern-Verlag:
SDV Service-Gesellschaft für
Druck, Verlag und Vertrieb mbH
Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart
Tel. 0711 66905-0, Fax 0711 66905-99
E-Mail: service@sdv-stuttgart.de



CDA-Kreisverband Tübingen

Zurück an der Spitze: Michael Rak

Kreisvorsitzender der Sozialen Ausschüsse neu gewählt

Genau ein Jahr nachdem Michael Rak alle seine Ämter in der CDU und in der CDA, auf Kreis-, Bezirks- und auf Landesebene abgegeben hatte, ist er zurück, zumindest beim CDA-Kreisverband, den Sozialen Ausschüssen in der CDU. "Nun", so Rak, "ich glaube es war eine richtige und wichtige persönliche Entscheidung. Im laufenden Landtagswahlkampf brauchen wir einen sehr starken sozialen Flügel. Schließlich haben die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Baden-Württemberg der CDU die mit Abstand meisten Stimmen gegeben, mehr als die Partei insgesamt prozentual erreichen könnte. Ich will mich gerne wieder einbringen, und mithelfen, damit wir dieses Er-



gebnis durch Überzeugungsarbeit und klare Ziele wiederholen können". Es schien ihm nicht ganz leicht gefallen zu sein, nach einer Auszeit wieder in die Mitte der CDA und an deren Spitze im Kreis zu rücken. Michael Rak ist von Haus aus Jurist, Landesbeamter, Ortsvorsteher in Unterjesingen, ehemaliger Sozialdezernent. Klaus Tappeser gratulierte als CDU-Kreisvorsit-

Kreisvorsitzender:

Michael Rak, Tübingen

Stellv. Kreisvorsitzender:

Eckhard Spanagel, Ofterdingen

Stellv. Kreisvorsitzender:

Thomas Schwenke, Tübingen

Beisitzer im Kreisvorstand:

Wolfgang Huber, Dettenhausen

Rudi Hurlebaus, Tübingen

Daniel Essigke, Rottenburg

Hansjörg Klink, Rottenburg

zender als erster sehr herzlich und freute sich über diese Rückkehr. "Wir brauchen eine starke und aktive CDA im Wahlkreis", so Tappeser, "und keiner im Kreis Tübingen kennt die CDA und die sozialen Brennpunkte besser, als Michael Rak". Michael Rak ist Nachfolger von Sabine Seeger, die kurzfristig beruflich ins Ausland gegangen ist, und - deren Vorgänger.

Michael Rak, CDA-Kreisvorsitzender

Senioren Union Rottenburg am Neckar

Foitzik weiter an der Spitze



Am Freitag, 3. Juli 2015, fand im Gemeindehaus St. Martin die Jahreshauptversammlung der Senioren Union Rottenburg mit Neuwahlen statt.

Werner Foitzik gab einen Tätigkeitsbericht über die vergangenen 2 Jahre. Er war gefüllt mit einer Vielzahl von politischen Veranstaltungen bis hin zur Pflege des gemeinschaftlichen Zusammenseins. Gäste und Referenten waren u.a. politische Größen wie unsere Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB, unser Landrat Joachim Walter, unser Oberbürgermeister Stephan Neher und Weitere. Im gemeinschaftsfördernden Bereich seien zu nennen: drei gemeinsame Ausflüge, Faschingsveranstaltungen und Weihnachtsfeiern, wobei insbesondere die letzte mit Weihbischof Dr. Johannes Kreidler zweifelsohne ein Höhepunkt war.

Auch Kassier Erich Teufel konnte von einem erfreulichen Kassenbestand berichten.

Hermann Sambeth, Gemeinde- und Kreisrat, beantragte die Entlastung der Vorstandschaft, die einstimmig ausfiel.

CDU-Kreisvorsitzender Klaus Tappeser übernahm die Wahlleitung.

Es wurden für die nächsten 2 Jahre gewählt: Vorsitzender: Werner Foitzik, Stellv. Vorsitzende: Karl-Heinz Fischer, Josef Wolfsteiner, Kassier: Erich Teufel, Schriftführer: Dr. Hartmut Dreher, Beisitzer: Marie-Luise Fischer, Siegbert Gurske, Peter Heim, Winfried Huthmacher, Irmgard Müller, Adelbert Stopper, Max Pettenkofer, Erich Sailer.

Kassenprüfer: Klaus Moser, Adolf Straub.

Werner Foitzik bedankte sich bei der scheidenden Thea Küfer für ihre langjährige Tätigkeit als Schriftführerin sowie auch bei Bruno Baur für seine Tätigkeit im Vorstand.

Im Ausblick steht am 14.09.2015 die SEN-Kreismitgliederversammlung mit Neu- und Delegiertenwahlen sowie am 19.10.2015 die SEN-Landestagung in Rottenburg.

Dr. Hartmut Dreher, SEN-Schriftführer



STEINEL RECYCLING



- Containerdienst
- Autoverwertung
- Schrott

- Metalle
- Asbest
- Altholz

- Gewerbeabfälle
- Baustellenabfälle
- und vieles mehr...

72119 Ammerbuch ■ www.stein-el-recycling.de ■ Tel.: 07073-9169-0

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Tübingen, Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen,
Tel. 07071 / 3 23 14, Fax 0 70 71 / 3 17 13,
E-Mail: mail@cdu-tuebingen.org, Internet: www.cdu-kv-tuebingen.de
Konto-Nr.: 82200, KSK Tübingen (BLZ 641 500 20)
Konto-Nr.: 459 430 009, Voba Herrenberg-Rottenburg (BLZ 603 913 10)

Verantwortlich:
Kreisteil: Ellen Bernhard, Kreispressesprecherin
Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg
Hasenbergstr. 49b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66904-0, Fax -50
E-Mail: presse@cdu-bw.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH, Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart,
Tel. 0711 66905-0, Fax 0711 66905-99, E-Mail CDUintern: intern@SDV-Stuttgart.de
Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25); Planung Satz: Karin Richter (-12), Fax 0711 66905-55
Anzeigen: Helga Wais (-27); Gestaltung dieses CDUintern: Karin Richter (-12)

Bezugspreis: CDUintern ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Tübingen. Es erscheint 2-monatlich und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

Absender:
CDU-Kreisverband Tübingen, Am Stadtgraben 21, 72070 Tübingen
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 10186

CDU-Gemeindeverband Gomaringen CDU-Ferienprogramm 2015

Zum vielfach wiederholten Mal war die CDU Gomaringen am Dienstag, dem 25. August 2015, gern gesehener Gast mit dem nunmehr 29. Gomaringer Ferienprogramm beim Reutlinger Country Club (RCC) auf der Hutzelnranch beim ehemali-

gen Mähringer Bahnhöfle. Es war für alle Kinder ein tolles Ferienerlebnis bei schönstem Wetter und bester Stimmung. Für mache Kinder war es schon die dritte Teilnahme. Mit 24 Kindern zwischen 6 und



13 Jahren war unser Angebot diesmal sehr gut besucht. Ein Wiederholungstermin in 2016 dürfte von daher schon gesichert sein. Kurz nach 11:00 Uhr radelten wir als große Gruppe auf dem Mähringer Sträßle von unserem Treffpunkt ‚Alznauer Hof‘ zu unserem Tagesziel, der Hutzelnranch. Dort erwarteten uns die Betreuer des Reutlinger Country Clubs. Sowohl die Wettkampfstationen als auch das Feuer zum Würstchengrillen waren schon bereit zum Loslegen. So konnten die Kinder nach Begrüßung und Einweisung durch Edi, den Vorsitzenden des RCC Örtlichkeiten und Wettkampfdisziplinen in Augenschein nehmen. Nach dem Grillen in froh gelaunter Runde am offenen Feuer und gemütlicher Mittagsrast ging es in drei Gruppen zu den Runden mit Hufeisenwerfen, Bogenschießen und Dart. Für jedes Kind gab es nach ein paar Übungsrunden für die Zählrunden ein Leistungsprotokoll, um zum Schluss je nach erreichter Punktzahl die Plätze beurkunden zu können. Das Mädchen bzw. der Junge mit der höchsten Punktezahl erhielt jeweils eine Medaille. Dieses Jahr waren es bei den Mädchen Laura Coderch (12 Jahre) und bei den Jungs Tim Müller (13 Jahre) nochmals herzlichen Glückwunsch! Kurz nach halb vier Uhr verabschiedeten wir uns von der Ranch und dem RCC von der Hutzelnranch und radelten zum Start-/Abholpunkt zurück, den wir pünktlich um 16:00 Uhr erreichten. Die CDU Gomaringen bedankt sich bei allen Eltern, die uns ihre Kids anvertrauten und auch z.T. mitbetreuten. Besonderer Dank gilt Edi und seinen Vereinskameraden vom RCC für alle Mühe und Geduld einschließlich Getränkeversorgung und vor allem den Kindern, die sich angemeldet haben und mit Punkten bela-

den mehr oder weniger siegreich aber froh gestimmt zu Hause angekommen sind. Weitere Bilder dieser Veranstaltung sind in Kürze auf den Homepages der CDU Gomaringen bzw. des Reutlinger Country Clubs einzusehen.

Dr. Roland Kälberer, CDU-Vorsitzender

WAS WANN WO ...

- Fr 18.09. FU Tübingen**
19.30 Uhr Peter Wagner, Rottenburg
Die Geschichte der Grafschaft Hohenberg, Tübingen
- Fr 18.09. CDU Baden-Württemberg**
17.30 Uhr Parteikonvent
www.cdu-bw.de/partekonvent
Heilbronn, Harmonie
- Mi 23.09. CDU-Kreisverband**
19.00 Uhr Kreisvorstandssitzung
Gomaringen, Alznauer Hof
- Sa 3.10. CDU-Kreisverband**
19.00 Uhr Festveranstaltung
„25 Jahre Deutschen Einheit“
im Pflegehofsaal, Schulberg 2
in Tübingen
- Do 08.10. CDU Dettenhausen**
Offene Mitgliederversammlung mit aktuellem Thema
- Fr/Sa 16.-17.10. Hohenzollern**
41. Bezirksparteitag
Bad Saulgau
- Mo 19.10. SEN-Landesverband**
10.00 bis 16.00 Uhr Landestagung
Rottenburg, Festhalle
- Do 22.10. CDU-Stadtverband Rottenburg**
19.30 Uhr Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
Wurmlingen, Kelter

**REDAKTIONS
SCHLUSS**
für das nächste CDUintern:
Do., 15.10.2015

Autohaus Seeger

Ihr Partner für
Mercedes und smart
in Tübingen

www.autohaus-seeger.de